Nr. 623 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 174

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland 20,— Mk. täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eintragung in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 18,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 21. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der Eisenbahner Schicksalsstunde.

Der Sekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Reichstagsabgeordneter Gen. Th. Kotzur, veröffentlicht unter dieser Ueberschrift durch eine parteigenössische Korrespondenz einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Der Reichslohntarif für die Eisenbahnarbeiter zerfällt in 8 Lohn- und 5 Wirtschaftsklassen. Hinzu kommt noch, daß der Lohn sich nach 7 Altersklassen abstuft. Auf Grund dieser Einteilung sind 260 verschiedene Lohnsätze vorhanden, die dem Eisenbahnarbeiter im günstigsten Falle unter Einbeziehung eines Teuerungszuschlages einen Stundenlohn von 5,30 M. und im ungünstigsten Falle von 3,20 M. garantieren. Für weibliche Beschäftigte ist der Höchstlohn 3 M., der niedrigste 2 M. Berücksichtigt man, daß der Höchstlohn nur in 17 Großstädten erreicht wird und daß in der Privatindustrie bedeutend höhere Löhne gezahlt werden, so könnte man billigerweise erwarten, daß die gestellten Forderungen der Eisenbahner eine gerechtere Würdigung als bisher finden.

Noch ungünstiger als bei den Arbeitern liegen die Einkommensverhältnisse bei den Beamten, wobei wieder zu unterscheiden ist zwischen den planmäßigen und den außerplanmäßigen Beamten. Ein planmäßig angestellter Schrankenwärter bezieht zurzeit im günstigsten Falle ein Jahreseinkommen von 12 750 M., im ungünstigsten Falle von 7500 M., bei den Diätaren betragen die Sätze 8100 bzw. 5400 M. pro Jahr. Zu diesen Sätzen kommt eine Kinderzulage, die für die Arbeiter pro Kind und Stunde einheitlich 20 Pf. beträgt. Für die Beamten gelten Monatssätze, die unter Hinzuziehung eines 50prozentigen Teuerungszuschlages bisher 60, 75 und 90 M. betrugen. An den vorstehenden Einkommensbezügen ist durch den letzten Parlamentsbeschluß wenig geändert worden. Bekanntlich erfolgte nur eine Aufbesserung der Kinderzuschläge und zwar abgestuft nach Teuerungsklassen. Danach erhalten künftig die Beamten in der teuersten Klasse pro Kind und Monat je nach dem Lebensalter 100, 125 und 150 M.; in den Ortsklassen D und E, die die nichtteuren Orte enthalten, 70, 87,50 und 105 M. Für die nichtplanmäßigen Beamten ist eine Erhöhung des Ortszuschlages von 80 auf 100 Proz. vorgesehen.

Die Arbeiter sind bis jetzt leer ausgegangen. Deshalb wird es auch kaum überrascht haben, als in den letzten Tagen bekannt wurde, daß der Deutsche Eisenbahnerverband, der 550 000 Arbeiter und Beamte umfaßt, beschlossen hat, den Verhandlungsweg über die Lohn- und Gehaltsforderungen völlig zu erschöpfen, dann aber, wenn das Ergebnis unbefriedigend bleibt, den Streik durchzuführen.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter nimmt zurzeit eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern vor. Wie uns die Führer versichern, ist unter allen Umständen mit einer Zweidrittelmehrheit für den Streik zu rechnen. Die Streikgefahr ist durch den Parlamentsbeschluß nicht beseitigt, sondern im Gegenteil erst recht in bedrohliche Nähe gerückt. Ueber den Zeitpunkt der Streikdurchführung läßt sich zur Stunde nichts sagen. Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, dürfte zu Beginn des neuen Jahres die Schicksalsstunde für die Eisenbahner eintreten.

Der Appell, der von den verschiedensten Seiten immer und immer wieder an die Führer der Eisenbahner gerichtet wird, sie mögen beruhigend wirken und den Eisenbahnerstreik aufhalten, wird seinen Zweck nicht erreichen, weil eben Not kein Gebot kennt. So bleibt denn nur der einzigste und auch aussichtsreichste Weg übrig, durch ein verständnisvolles Entgegenkommen der Regierung und des Parlaments die drückendste Notlage für das Personal der Reichsbetriebe zu beseitigen.

Was die Forderungen der Eisenbahner betrifft, so handelt es sich vor allem um die Sicherung eines Existenzminimums für die unteren Gruppen. Deutscher Eisenbahnerverband und Reichsgewerkschaft verlangen für die Beamten eine Erhöhung der Teuerungszuschläge mit einer Mindestgrenze von 7000 M. Darüber hinaus verlangt die Reichsgewerkschaft eine allgemeine Erhöhung des beweglichen Teuerungszuschlages um 25 Proz., während der Deutsche Eisenbahnerverband einen festen Teuerungszuschlag in den Ortsklassen A und B von 8000 M. und 7500 Mark in C und D wünscht.

Für die Arbeiter liegt eine gemeinsame Forderung der Tarifkontrahenten vor, den beweglichen Teuerungszuschlag allgemein um 1 M. zu erhöhen. Zugegeben, daß die Verwirklichung der vorstehenden Forderungen einige Milliarden Unkosten verursacht; aber es bleibt doch zu erwägen, ob nicht durch die Durchführung des Generalstreiks der Eisenbahner ein ungleich größerer Schaden angerichtet wird. Die Verantwortung für das, was in den nächsten Tagen geschieht, tragen alle, die in der Lage sind, entscheidend in den Konflikt einzugreifen. Die Frage ist: Soll das Schicksal der Eisenbahner im Wege aussichtsreicher Verhandlungen oder durch die Arbeitsniederlegung entschieden werden? Die Beantwortung dieser Frage berührt aber nicht nur das Schicksal der Eisenbahner, sondern das des gesamten deutschen Volkes. Darum ist die sorgfältigste Prüfung der gestellten Eisenbahnerforderungen am Platze.

Deutschlands Finanzlasten.

Aus der Rede des Staatssekretärs Schröder in der ersten Sitzung der Wiedergutmachungskonferenz sind noch einige bemerkenswerte Einzelheiten nachzutragen. Staatssekretär Schröder führte aus:

„Die schwebende Schuld belief sich im April 1919 auf 64 Milliarden und beträgt jetzt 147 Milliarden. Die Regierung muß bis zum Abschluß des Rechnungsjahres 1920 mit einer weiteren Zunahme der schwebenden Schuld um etwa 25 Milliarden rechnen, was Ende März 1921 eine schwebende Schuld von insgesamt 171 Milliarden bedeutet. Hinzu kommen noch die Verpflichtungen der deutschen Regierung, ihre Staatsangehörigen für die Beschlagnahme deutschen Eigentums in den Ententeländern zu entschädigen. Eine Gesundung aus diesem Finanzelend sei trotzdem möglich bei äußerster Sparsamkeit, energischer Anspannung der Steuerkraft, Stabilisierung des Wechselkurses, sowie unter der Voraussetzung, daß entsprechend den Zusagen des Friedensvertrages die Alliierten von Deutschland keine größeren Leistungen forderten, als es seiner Leistungsfähigkeit entspreche.

Staatssekretär Schröder erklärte sodann die Grundsätze, nach denen die deutsche Regierung den ordentlichen Haushalt vom außerordentlichen unterscheide. Die Lasten, welche aus den Steuereinnahmen einschließlich der einmaligen Steuereinkommen gedeckt werden sollen, gehörten in den ordentlichen Haushalt, während der außerordentliche Haushalt sich auf die Ausgaben beschränke, für die ihrer Natur nach Schulden gemacht werden könnten. Der ordentliche Haushalt 1920/21 balanciere mit den tatsächlichen Eingängen. Die Staatseinkünfte bis Anfang November ließen erwarten, daß die geschätzten Beträge erreicht würden. Beispielsweise brachte die Einkommensteuer, die in den ersten drei Monaten des Finanzjahres 1920/21 nur 41 Millionen ergab, im Juli 396 Millionen, im August 555, im September 774 und im Oktober 1062 Millionen ein. Dieser hohe Ertrag der direkten Steuern wurde nur durch Auferlegung sehr schwerer Steuersätze erreicht. Wenn Staatssekretär Schröder als Beispiel das Einkommen eines Rentners mit 1 Million Mark Vermögen anzieht, dem abzüglich des Reichsnotopfers und der Hausunkosten samt der Heizung letzten Endes ein Nettoertrag von 9000 M. gleich 1000 Goldmark vor dem Kriege zur Verfügung bleibe, so dürfte diese Rechnung doch ein wenig zu pessimistisch sein. Im übrigen hält Staatssekretär Schröder eine weitere Erhöhung der direkten Besteuerung nicht mehr für möglich. Er glaube aber, daß vielleicht eine gewisse Erhöhung der Kohlensteuer, der Umsatzsteuer, der Zuckersteuer und des Branntweinmonopols eintreten könne. Im allgemeinen könnten die staatlichen Industrieunternehmungen in absehbarer Zeit balanciert werden, während die wiederkehrenden Ausgaben des Haushalts jetzt schon beinahe balancierten.

Zu dem außerordentlichen Budget zurückkehrend, erklärte Staatssekretär Schröder, daß viele Posten allmählich verschwinden würden, aber die durch den verlorenen Krieg verursachten Kosten der Ausführung des Friedensvertrages würden ungedeckt bleiben. Es sei unbedingt notwendig, solche Kosten aus dem ordentlichen Haushalt zu zahlen, da eine dauernde Vermehrung der schwebenden Schuld den finanziellen Zusammenbruch herbeiführen müsse. Um Geld flüssig zu machen, könne die Regierung nur Schatzanweisungen zur Reichsbank geben, und diese Schatzanweisungen seien bei Fälligkeit immer wieder neu auszustellen. Das bedeute von der Notenpresse leben. Es sei daher unbedingt notwendig, daß Deutschland Zeit gelassen werde, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, bis ein Ueberschuß im ordentlichen Haushalt vorhanden sei, der hinreiche, die Lasten des Friedensvertrages zu decken.

Breslau ohne Wasser und Licht.

Breslau, 21. Dezember. Der Streik der Gemeindearbeiter in Breslau hat die Gas-, Wasser- und teilweise auch die Elektrizitätsversorgung in solchem Umfange lahmgelegt, daß man mit dem Eingreifen der Technischen Nothilfe rechnet.

Disziplinarverfahren gegen Ministerialrat Demuth. Die „Frkf. Ztg." meldet, daß gegen Ministerialrat Demuth im Reichsschatzministerium ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, weil er dem Schatzminister über die Angelegenheiten des Vertrages der Deutschen Werke-Kahn unrichtig oder unvollständig unterrichtet habe.

Der mißlungene Generalstreik.

Prag, 19. Dezember.

Im Herbst dieses Jahres wurde die tschechische Partei gespalten. Die nächste Wirkung war, wie überall, wo eine „Rechte" und „Linke" entstand, zu allererst die, daß der Boden für eine kommunistische Agitation geebnet war. An die Spitze der Kommunisten trat Dr. Schmeral, ein Mann, dessen politische Vergangenheit und charakteristischer Habitus viel eher auf einen die Taktik über alles stellenden Kompromißpolitiker als den Führer des „kompromißlosen Klassenkampfes" schließen ließ, und von dem alle, seine eigenen Anhänger mit inbegriffen, meinen, er könne in jedem Augenblicke seines politischen Daseins auch anders als er gerade handelt. Mit dem Anschlusse an die Dritte Internationale zögerten die „Linken" und wollten dies einer späteren Befragung des Proletariats überlassen wissen, aber auch das geschah nicht aus theoretischer und prinzipieller Unentschlossenheit, sondern aus der taktischen Erwägung, als Erbe der sozialdemokratischen Partei zu erscheinen, deren Eigentum in Prag in Besitz nehmen zu können.

In diesen Besitz setzte sich die „Linke" vor einigen Wochen auch tatsächlich durch einen kommunistischen Handstreich. Eine Klage der Partei auf Aberkennung des durch einen kommunistischen Putsch zustande gekommenen Besitzrechtes auf das Volkshaus hatte in allen Instanzen Erfolg und die Beamtenregierung des tschechoslowakischen Staates, mehr Erwägungen politischer Opportunität als ihren sonstigen den Deutschen gegenüber geübten Gewohnheiten folgend (sanktionierte sie doch fast gleichzeitig die Wegnahme des deutschen Landestheaters durch die Tschechen) ging daran, dem Urteilsspruche die praktische Wiedereinsetzung des früheren Besitzers folgen zu lassen. Das führte zu blutigen Zusammenstößen mit den Kommunisten und im Gefolge zum Ausbruch des Generalstreiks.

Der Anlaß erschien allerdings sofort als Vorwand und wurde bald vergessen. Der Generalstreik dehnte sich in wenigen Stunden über eine Reihe von Industrieorten aus und vor allem wurden Kladno und Brünn, die Städte, in denen die kommunistische Agitation die reichsten Früchte getragen, davon ergriffen. Auch die deutschen „Linken", die „Reichenberger", welche seit dem Parteitag von Karlsbad ungeduldig an den Ketten zerrten, die sie sich durch Annahme der Einigungsdeklaration angelegt hatten, entfachten eine leidenschaftliche Agitation für den Anschluß des deutschen Proletariats an den Generalstreik. Das gelang in Reichenberg selbst, nicht aber in anderen deutschen Industriestädten. In Kladno wurden „Revolutionsausschüsse" gebildet, in der Umgebung von Prag und auch anderswo Großgrundbesitz beschlagnahmt. Da es Zusammenstöße mit Polizei und Gendarmerie und Opfer an Toten und Verwundeten gab, erhielt die revolutionäre Stimmung Nahrung und der Streik eine Erweiterung.

Jetzt sahen die Reichenberger den Augenblick für gekommen, sich mit den tschechischen Proletariern zu einer geschlossenen Kampffront zu vereinigen. Nach den Streikberichten schien es, als ob nicht nur Böhmen und Mähren, sondern auch die Slowakei und Karpathenrußland sich dem Streik angeschlossen hätten, wiewohl in Wirklichkeit die streikenden Orte im Lande, die streikenden Betriebe in den großen Industrieorten nur Oasen bildeten. Mit der Ausdehnung der Generalstreikagitation und der damit wachsenden Unruhe wuchs auch die Energie der Regierung. Sie verhängte über Prag und andere Städte den Ausnahmezustand, suspendierte die staatsbürgerlichen Rechte, verhaftete den kommunistischen Revolutionsausschuß und eine Reihe von Kommunisten und ging auch sonst mit der Anwendung ihrer polizeilichen Gewalt rücksichtslos vor. Denn mit den Mitteln der brutalen altösterreichischen Bureaukratie weiß auch die tschechoslowakische Republik gut umzugehen.

Die Wirkung dieser Gegenmaßregeln war, daß der Generalstreik zusammenbrach, ohne auch nur ein einziges seiner Ziele zu erreichen. Seine Anreger blieben, um das vollständige Debacle zu verschleiern, selbst zum Rückzuge. Aus dem Versuch, die soziale Revolution durch eine Ueberrumpelung zum Siege zu führen, war wieder einmal nichts geworden, er hatte der gegenrevolutionären bürgerlichen Oeffentlichkeit und ihrem Werkzeug, der Beamtenregierung die Schwächung der proletarischen Gesamtposition, welche die Spaltung gebracht und verstärkt hatte, nur offenbar gemacht. Das zeigte sich, als die Linke Verhandlungen mit der Regierung suchte, eine Reihe von politischen Tagesforderungen stellte — und nicht durchsetzte. Erhöhung der Löhne um 30 Proz., Rücktritt der Regierung, Sozialisierung des Grundbesitzes, sind einige dieser nach einer Vereinbarung mit der gegenwärtigen Macht verlangenden Bedingungen, deren Annahme abgelehnt wurde. Das voreilige Aufzeigen einer Schwäche für eine Aktion, welche die größte Kraftbetätigung der ganzen klassenbewußten Arbeiterschaft zur Voraussetzung ihres Gelingens hat, muß no-

türlich der Regierung das Gruseln abgewöhnen. In dem Aufruf, den nach Mißlingen des Generalstreiks die deutschen Linken veröffentlichen, suchen sie die Schuld für das für jeden Denkenden von vornherein feststehende Resultat ihres unsinnigen Putsches, der nebst allen anderen Unzulänglichkeiten auch unter den ungünstigsten psychologischen Voraussetzungen versucht worden war, natürlich den „Sozialverrätern", besonders den deutschen Gewerkschaften, in die Schuhe zu schieben. Sie konstruieren hierin einen Gegensatz zwischen tschechischen und deutschen Gewerkschaften. Die Reichenberger Kreisgewerkschaftskommission hatte es abgelehnt, sich mit einem Unternehmen zu identifizieren, über das die Reichsgewerkschaft und, da es sich um eine politische Sache handelte, die politische Partei zu entscheiden hat. Daß die politische Partei ihre ernsten, gewichtigen, aus ihrem Verantwortlichkeitsgefühl stammenden Bedenken hatte, war zu verstehen.

Die in ihrer Absicht leicht zu durchschauende Darstellung der Reichenberger, als ob sich die tschechische Gewerkschaftskommission mit den Forderungen der Kommunisten identifiziert hätte, reduziert sich auf die Tatsache, daß sie den ehrlichen pflichtgemäßen Versuch gemacht hat, zwischen den streikenden Arbeitsbrüdern zu vermitteln, wofür sie natürlich in Betracht kam, da es sich um einen Streit im tschechischen Proletariat handelte. Es macht einen seltsamen Eindruck, daß diese Bereitwilligkeit, die Vermittlung zu übernehmen, zum Range einer beinahe kommunistischen Tugend erst später erhoben wurde, als sie eine dunkle Folie zu den deutschen Genossen zu bilden geeignet war, während sie unmittelbar davor die Vermittlung ablehnten, mit der Begründung, daß das Streikgebiet sich politisch verändert und erweitert habe, daß sie es also ablehnten zu einem Zeitpunkte, da der Gedanke an die Verwirklichung des kommunistischen Zieles noch die Hoffnungssegel der Kommunisten schwellte.

Der Generalstreik ist zu Ende, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Bilanz des Unternehmens ist Tod und Verwundung von Arbeitern, Einkerkerung vieler hunderter Menschen, wirtschaftliche Schädigung des Proletariats durch Lohnentgang in den Tagen vor Weihnachten, neue Verbitterung und Entfremdung und, was das Allerschlimmste ist, Triumph der Reaktion, Verstärkung der reaktionären Hoffnungen. Die deutsche und tschechische Linke erklärt sich in einem Aufrufe an die Arbeiter, mit dem Generalstreikversuch zufrieden, den Plan der Reaktion als mißlungen. Auch in diesem Augenblick hat die Linke den traurigen Mut, zur Bekämpfung jenes Teiles des Proletariats aufzufordern, der nicht zum Kommunismus hält und seine Experimente mitzumachen ablehnt. Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß der Teil des Proletariats, an den sie sich wenden zu können hoffen, gerade durch die Erfahrungen dieses Generalstreiks belehrt, sich wesentlich vermindern wird.

Offiziöses zu den Preußenwahlen.

Als ein Blatt, das mit der Reichsregierung im Vertrag steht und von Stinnes zu seinen Zwecken angekauft ist, führt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" ein eigenartiges Doppelleben. Heute morgen veröffentlicht sie unter der Ueberschrift „Bürgertum und Wahlen" einen schreiend agitatorischen Artikel, in dem sie das ganze Bürgertum auffordert, sich bei den Wahlen gegen die Sozialdemokratie zu einigen. Die Sozialdemokratie, heißt es in diesem Aufruf, wolle ihre Macht diktatorisch ausnutzen, um das Bürgertum zu knebeln. Als Ziel wird proklamiert, den „maßgebenden Einfluß der Sozialdemokratie in Preußen", d. h. ihre gleichberechtigte Stellung innerhalb der Koalition zu brechen und ein Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien zu ermöglichen.

Von dem Organ einer republikanischen Regierung wäre zu erwarten, daß es als Ziel der Wahlen die Gewinnung einer sicheren republikanischen Mehrheit aufstellt. Das Organ des Herrn Stinnes aber gibt die alte antisozialdemokratische Sammelparole heraus, unter der im alten Deutschland stets um Thron, Junkerherrschaft und Kapital gekämpft worden ist. Es wäre von Wichtigkeit festzustellen, ob das zugleich auch die Parole der Reichsregierung ist, als deren Organ sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung" noch immer einer bevorzugten Stellung erfreut.

Das Recht auf Waffengebrauch.

Ein Jurist schreibt uns:

Die Marburger Zeitfreiwilligen sind wiederum vom Schwurgericht freigesprochen worden. Damit hat der traurige Fall vorläufig seinen Abschluß erreicht. Wenn in diesem Falle nun auch nichts wieder gutgemacht werden kann, so erscheint es um so notwendiger, darüber nachzudenken, wie man für die Zukunft ähnliche Vorkommnisse verhindern kann. Dabei drängt sich die Beobachtung auf, daß im Falle von Mechterstedt, wie in zahlreichen anderen Fällen, es die Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs war, die den Vorwand zur straflosen Hinschlachtung Unschuldiger geboten hat.

Es erscheint uns angezeigt, diese Dienstvorschrift einmal unter die kritische Lupe zu nehmen. Sie stammt noch aus der kaiserlichen Zeit. Die seit langer Zeit in dieser Beziehung herrschende Uebung ist in der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs vom 19. März 1914 zusammengefaßt. Die Vorschrift ist seinerzeit unter Gegenzeichnung des preußischen Kriegsministers veröffentlicht worden und erhielt dadurch auch den Zivilbehörden gegenüber rechtliche Geltung. Sie ist sonderbarerweise auch nach der Revolution beibehalten worden. Danach ist Waffengebrauch zulässig, wenn der Verhaftete entspringt oder den Versuch dazu macht. Vorherige Androhung ist nicht erforderlich. Allerdings hat der Gebrauch der Schußwaffe nur einzutreten, wenn entweder ein besonderer Befehl dazu erteilt ist oder andere Waffen unzureichend erscheinen.

Im vorliegenden Falle hatte Hauptmann von Selchow, wie er selbst als Zeuge bekundet hat, ausdrücklich den Befehl erteilt, bei jedem Fluchtversuch sofort zu schießen. Er hat auch noch hinzugefügt, die Angeklagten hätten durchaus in seinem Sinne gehandelt. Durch seinen Befehl würden sie also nach der Dienstvorschrift unter allen Umständen gedeckt sein, falls wirklich Fluchtversuch vorgelegen hätte. Aber es hätte des Befehls nicht einmal bedurft. Die Angeklagten hätten sich immer darauf berufen können, daß Ihnen die anderen Waffen als unzureichend erschienen waren und dies hätte kaum widerlegt werden können. Die Dienstvorschrift, also den Soldaten nicht nur das Recht, sondern

Im Reichstag ist es schon öfter vorgekommen, daß Abgeordnete durch Präsidenten, die ihrer eigenen Partei angehörten, sogar zur Ordnung gerufen worden sind. Zu Konflikten hat das bisher keinen Anlaß gegeben. Und auch hier scheint der Konflikt nur als Vorwand bei den Haaren herbeigezogen, während in Wirklichkeit ganz andere Ursachen zugrunde liegen. Sollte nicht bei der Sache mitspielen, daß in deutschvölkischen Kreisen trotz der lebhaften gegenteiligen Beteuerung des (junggeadelten) Herrn v. Graefe immer wieder Zweifel an seiner rein arischen Abkunft auftauchen, wobei man sogar die Lieblosigkeit begeht, sich gegen die Angaben des Herrn v. Graefe auf den Augenschein zu berufen?! Fürchtet Herr v. Graefe das Schicksal des Fräulein Anna v. Gierke, will er dem gleichen Los durch rechtzeitige Mandatsniederlegung zuvorkommen?

Hölz-Gardisten vor Gericht.

Vor dem Landgericht Dresden hatten sich der Kaufmann Rütter, der Straßenhändler Winkler und der Arbeiter Schneider, sämtlich aus Chemnitz, wegen versuchter schwerer Erpressung zu verantworten. Ersterer war in den Falkensteiner Hölztagen als Gardist tätig und war am 9. April mit 60 anderen Hölzgardisten zu einem Zuge nach Plauen i. V. kommandiert worden. Dort angekommen, nahm man Geiseln fest und begann zu plündern; ein „requirierter" Tafelwagen diente zum Wegschaffen der erbeuteten Sachen. Bei diesem Plünderungszuge kam man auch vor die Villa des Rentners Baumann. Eine Anzahl Hölzgardisten stürmte mit vorgehaltenen Gewehren ins Haus, forderte die Hausangestellten auf, ihre Sachen zu packen, weil das Haus sofort angezündet werde. Dem Hauspersonal wurde auch angeraten, von den Sachen der Herrschaft mitzunehmen, was sie vermöchten. Der bedrängte Rentner legte sich aufs Verhandeln. Die Bande forderte 20 000 M., wenn von der Inbrandsetzung des Hauses Abstand genommen werden solle. Da B. diese Summe nicht hatte, gab er eine Hypothekenbescheinigung als Pfand und versprach das geforderte Bargeld bald zu beschaffen. Darauf zog die Rotte weiter.

Diese Vorgänge sind unter die Amnestie gefallen. Rütter würde deshalb auch nicht vor Gericht stehen, wenn er nicht nach dem Zusammenbruch des Hölzfruks versucht hätte, von Baumann in Plauen die 20 000 M. zu erpressen, die dieser versprochen hatte zu zahlen, wenn man sein Haus nicht anzünde. Bei der Erpressung bediente sich Rütter der beiden Mitangeklagten, die er mit Verhaltungsregeln versehen zu Baumann schickte, um durch Deutungen das Geld zu erpressen, das unter die drei geteilt werden sollte. Der Plan mißlang. Rütter erhielt für diesen Erpressungsversuch 18 Monate Zuchthaus, während Winkler und Schneidre mit je 9 Monaten davonkamen.

An Moskau.

Amsterdam, 21. Dezember. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat an Sinowjew als Vorsitzenden der 3. Internationale ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm die auf der Londoner Konferenz gefaßten Entschließungen mitteilt. In einem Begleitschreiben wird bemerkt, daß man gern weitere Erläuterungen über die Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitteilen wolle. Ferner hoffe man, daß Sinowjew auch Mitteilungen über die russische Gewerkschaftsbewegung machen werde. Der Vorstand gibt dann der Meinung Ausdruck, daß der Vorsitzende des russischen Gewerkschaftskongresses der Gewerkschaftsbewegung nicht nur der eigenen Sache, sondern der Sache des ganzen Proletariats Nachteil gebracht habe.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat ferner an den spanischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die fortwährende Verletzung der Freiheiten und der Rechte der Arbeiterbewegung in Spanien Protest erhoben wird. Es wird daran erinnert, daß die spanische Regierung das 13. Kapitel des Versailler Vertrages genehmigt habe, daß die spanische Regierung auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington vertreten gewesen sei und den Grafen de Eza als Vertreter im Internationalen

Warum ist Herr v. Graefe gekränkt?

Zu der Angelegenheit des mandatsmüden Herrn v. Graefe erscheinen in der alldeutschen Presse recht seltsame Erklärungen. Danach soll sich Herr v. Graefe gekränkt fühlen, weil sein Fraktionsgenosse, der Abg. Dietrich, als Vizepräsident des Reichstags einen unpassenden Zwischenruf des Abg. Graefe in mildester Form gerügt hat.

Kulturdiktatur.

Von Paul Gutmann.

Während die Volksbühnenbewegung bemüht ist, das Volk zum Verständnis dichterischer Meisterwerke heranzubilden, von dem Grundsatz ausgehend, daß das Beste für das Volk gerade gut genug ist, versucht eine radikale Gruppe die Kunst in den Dienst parteipolitischer Anschauungen zu stellen. Hier entsteht eine Gefahr für die echte, aus dem Seelischen schöpfende Bildung, wogegen nicht früh genug angekämpft werden kann. Das Proletarische Theater würde sich zweifellos ein Verdienst erwerben, wenn es das Kunstverständnis und die Urteilsfähigkeit seiner Zuschauer an wertvollen Dramen aus dem Leben der Gegenwart heranbilden würde, ganz gleich, ob der Autor auf die strenge Parteidoktrin eingeschworen ist oder nicht. Er müßte nur menschlich und künstlerisch Wertvolles zu bieten haben. Aber die Bestrebungen dieses Unternehmens sind, wie aus dem Inhalt des Programmhefts hervorgeht, anderer Art. „Der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiter bedingt, daß sie sich im selben Maße künstlerisch und kulturell befreien, wie politisch und ökonomisch", heißt es in einem einleitenden Aufsatz: „Ueber Grundlagen und Aufgaben des Proletarischen Theaters." Was bedeutet das? War die Kunst bisher lediglich das Werkzeug einer Klasse oder schufen nicht vielmehr die Künstler, sofern sie auch der Nachwelt noch etwas zu sagen haben, über den begrenzten Horizont ihrer Klasse hinaus, zum Teil sogar in bewußtem Gegensatz zu ihr? Jene Worte drücken eine grobe kulturgeschichtliche Fälschung aus. Jede echte und ursprüngliche Kunst stellt den Selbstgestaltungsprozeß der künstlerischen Persönlichkeit dar, die mit ihrer Hilfe nach Ausgleich ringt. Mag sein, daß ein schöpferisches Genie zufällig mit dem seelischen Inhalt seines Zeitalters übereinstimmt, wie es, in einer seltenen Periode hoher Kultur, bei dem jungen Mozart der Fall war, mag sein, daß es in titanischem Ringen über das Jahrhundert hinauswächst, wie Beethoven. Immer jedoch ist das Wesentliche die Auflösung der Zeitbedingungen in das freie schöpferische Spiel der Form. Es gibt zufriedene Idylliker in der Kunst, es gibt ebenso ewig kämpfende Revolutionäre. Strindberg lag mit Gott und dem Teufel im Streit, ja er bekämpfte sich selbst auf jeder Stufe seiner Entwicklung. Schiller und Goethe waren in ihrer Jugend revolutionär, in ihren reiferen Jahren fügten sie sich der bestehenden Ordnung. Das sind aber zeitliche und persönliche Bedingtheiten, die den Wert der künstlerischen Tat in nichts berühren. Der größte Komödiendichter aller Zeiten, dessen Werke noch heute von Leben sprühen, Aristophanes, gilt unter dem Maßstab der Geschichte als Erzreaktionär. Dantes „Göttliche Komödie" ist gleichsam der Kanon seines, in den strengsten Formen des Mittelalters erstarrten, katholischen Zeitalters. Dostojewski, der größte russische Dichter bekämpfte den Sozialismus. Soll der Proletarier die Berührung mit diesen Dichtern vermeiden? Das hieße ihn als unmündiges Kind behandeln oder als urteilslosen Schwächling, der dem Gift der Ueberredung ohne weiteres verfallen würde.

Die Leiter des Proletarischen Theaters scheinen auf ihr Publikum wenig Vertrauen zu setzen. In dem erwähnten programmatischen Aufsatz heißt es weiter: „Unter Umständen kann man an den Stücken auch Veränderungen vornehmen . . . Auf diese Weise kann ein großer Teil der Weltliteratur der revolutionären proletarischen Sache dienstbar gemacht werden, ebenso wie die gesamte Weltgeschichte zur politischen Propagierung des Klassenkampfgedankens benutzt wurde."

„Dienstbar gemacht werden." Hörten wir nicht schon einmal ähnliche Töne? Das war damals, als Wilhelm seinem Hofdichter Lauff befahl, die erhabene Tradition der Hohenzollern den Untertanen vermittels Epen und Dramen einzubläuen, als zum Gelächter des Auslandes Leoncavallo den „Roland von Berlin" vertonte, als der „Sang an Aegir" jedes gebildete Ohr beleidigte, als der Tiergarten in einen Rummelplatz zur Reklame für das Herrscherhaus verwandelt wurde. Welches Kunstbanausentum, welche Mißachtung des Proletariers liegt in jener Auffassung. Wenn der Verfasser eines andern Artikels aus demselben Heft die Frage stellt, was das Proletariat von der Philosophie des „Als ob" oder vom Expressionismus habe, sollte man ihm antworten, daß ein Lehrmeister, der seinem Schüler einerseits schmeichelt, andererseits aber von vornherein an seiner Aufnahmefähigkeit zweifelt, ein Schelm ist.

Proletkult, dieses aus Rußland importierte Schlagwort, soll deutsche Köpfe umnebeln. Welcher einsichtsvolle Mensch aber könnte glauben, daß man mit so primitiven Methoden auf die Dauer bei uns den Proletarier zu befriedigen vermöchte! Während die russische Kultur kaum ein Jahrhundert alt ist, das russische Volk in den Anfängen geistiger Entwicklung steht, blickt der deutsche Arbeiter auf eine jahrtausendalte Vergangenheit seines Volks zurück, weiß er sich eins mit den großen Dichtern und Denkern der Nation. Eine kulturelle Einseitigkeit, wie sie die Russen predigen, empfände der Deutsche als Verarmung, als geistige Knechtschaft, als empörende Vergewaltigung seiner Persönlichkeit. Es hieße das Wertvollste dem Deutschen nehmen, wenn man ihm seine Vielseitigkeit raubte, in der das Licht aller Kulturen sich spiegelt. In nichts zeigt sich die geistige Dürftigkeit der bolschewistischen Lehren so deutlich, wie in dieser Kunstdoktrin, die alles freie persönliche Leben zu Boden stampft, der der „Faust" gerade recht wäre, um daraus ein Propagandastück für die Masse zu machen. Das Szenarium bietet ja die denkbar günstigsten Handhaben hierfür. Doktor Faust, der bei keinem rechten Beruf zu bleiben imstande war, ist der blasierte Verführer, Gretchen, die mißbrauchte Proletarierin. In Mephisto verkörpert sich das Kapital, das alle Lockungen dieser Erde zu bieten vermag. Schlemmerkneipen, Nackttänze, Geisterbeschwörungen spiritistischer Zirkel würden das Publikum mit dem hohlen Treiben der höheren Kreise bekannt machen. Zum Schluß erblindet der milliardenschwere Unternehmer Faust, sicherlich an den Folgen der Syphilis, die ihm sein Lotterleben eingebracht hat. Gretchen ist inzwischen in Sowjetrußland angelangt, wohin ihr Faust folgt, der nunmehr im Himmel zu sein glaubt. Welche Aussichten für den jungen, dem Proletkult dienenden Dramaturgen!

„Tell" im Deutschen Opernhause. Was ist uns Tell, die letzte große Oper Rossinis? Eine Erinnerung. Eine Ruine. Der Italiener, der Schwan von Pesaro hat, bevor er sich endgültig dem Studium der Schlemmerei in den Pariser Küchen widmete, den Charakter, die noble Gesangsmanier, die saubere Koloratur-Neigung abgestreift und sich auf die historische große Oper geworfen. Der Barbier war eine Genieleistung, der Tell ist eine letzte Probe der Tüchtigkeit. Die Unwahrhaftigkeit der Oper wird in diesen dem Text gar nicht mehr anstilisierten Noten, Rezitativen, Arien allzu deutlich. Und die Meyerbeer-Vorahnung des Terzetts, der Rütli-Schwur zeigen das Operngenie Giacomos in bengalischem Lichte. Wozu also eine Ruine historischen Andenkens wieder aufbauen? Ich verstehe Direktor Hartmann nicht mehr.

Doch da ist die Ouvertüre, ohne inneren Zusammenhang, in gewohnter Dreiteilung potpourriartig an die Spitze gestellt, ein wahrhaft packendes, auch instrumental bedeutendes Stück, von Waghalter mit Leidenschaft und künstlerischer Stufung aufgebaut. Und sofort beginnt der Abstieg, unsäglich. Mit Staren läßt sich solche Oper machen, denn sie enthält Bombenrollen. Aber Laubenthal mit der roten Intrigantenperücke und den puppenhaften Bewegungen wirkt nicht mehr ernst. Von Scheidt hatte wenigstens in der Apfelschuß-Szene einen großen stark erlebten Augenblick. Die Mathilde der Emmy Zimmermann blieb ebenso stereotyp (und gesanglich blaß), wie die gesamte Haltung der Komparserie. Die Zeit der lebenden Bilder zu Geburtstagsfeiern wurde wieder wach, als man den Rütli-Schwur sah. Wo blieb die Neuinszenierung? Man sah sie nicht. Aber das Publikum war's zufrieden. Schade. K. S.

Das erste überkonfessionelle Haus. Für das erste überkonfessionelle Haus, dessen Grundstein neulich in Niederschöneweide gelegt wurde, hat jetzt Bruno Paul eine Anzahl von Entwürfen geschaffen. Sie sehen, entsprechend den vielfältigen Zwecken, denen das Haus dienen soll, eine belebte, um einen großen Innenhof gruppierte Gebäudegruppe von schlichter äußerer Haltung und interessanter Form vor. An der Längsseite des Hofes wird sich das überkonfessionelle Haus selbst erheben, dessen Hauptraum als Vortrags- und Theatersaal ausgebildet ist. Ein Sondereingang führt in die Urnenhalle. Ein großer Turm, der in den Innenhof hineinragt, wird ein Bureauhaus darstellen. Dazu kommen Versammlungsräume für Jugendvereine, eine Bibliothek usw. Die Anlage wird weiter eine Anzahl von Wohnhäusern einschließen. Für die künstlerische Ausschmückung haben August Gaul und Otto Hettner Pläne eingereicht.

Arbeitsbureau habe. Deshalb erbittet das Bureau die Vermittlung der spanischen Regierung, um die Verfolgung der spanischen Arbeiter einstellen zu lassen und für die Koalitionsrechte der Arbeiter einzutreten.

In Erwartung der Ententebeschlüsse.

Brüssel, 21. Dez. (Havas-Reuter.) Die Sachverständigen der Verbündeten traten gestern nachmittag zusammen und nahmen von den vorläufigen Berichten Kenntnis, die von denjenigen Sachverständigen vorbereitet waren, die den Auftrag hatten, mit der deutschen Delegation bestimmte im Laufe der vorhergehenden Sitzung erörterte Punkte zu studieren. Die Prüfung dieser Berichte wird morgen beendet werden, und die Delegierten der Verbündeten werden dann Beschlüsse fassen, die der deutschen Delegation am Mittwoch mitgeteilt werden sollen.

Brüssel, 21. Dezember. (WTB.) In den gestrigen Einzelbesprechungen wurde besonders die Frage der Mindestbegünstigung, der Sachleistungen, die Schiffsfrage und die Frage der Besatzungskosten erörtert. Für heute sind u. a. Besprechungen über das deutsche Eigentum im Auslande und über das Ausgleichsverfahren vorgesehen.

Harding und der Friedensvertrag.

Paris, 21. Dezember. Nach einer „Matin"-Meldung aus London berichtet ein Telegramm aus Marion (Ohio), der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten Harding sei endgültig entschlossen, keine Rücksicht auf den Friedensvertrag von Versailles und das Völkerbundsstatut zu nehmen.

Abänderung der Völkerbundverfassung?

Genf, 21. Dezember. (TU.) Die Versammlung des Völkerbundes hat in ihrer Genfer Tagung beschlossen, die Anträge auf Abänderung der Verfassung des Bundes, das heißt der Artikel 1 bis 20 des Versailler Friedensvertrags, auf die Tagesordnung ihrer nächsten Session im September 1921 zu setzen. Der Rat ist beauftragt, eine besondere Kommission für die Berichterstattung über diese Anträge zu bilden.

Neuwahlen in England.

Amsterdam, 21. Dezember. (TU.) „Handelsblad" meldet aus London: Nach dem „Daily Herald" soll die englische Regierung beabsichtigen, schon im Anfang nächsten Jahres eine allgemeine Neuwahl auszuschreiben.

Ende des Wiener Kellnerstreiks.

Wien, 21. Dezember. (TU.) In langwierigen Verhandlungen, die bis in die späten Nachtstunden dauerten und zuletzt von dem Bundeskanzler Dr. Mayr geführt wurden, wurde gestern der Kellnerstreik zu Ende geführt. In den wichtigsten Punkten der Stellenvermittlung wurde ein Antrag von beiden Seiten angenommen, der dahin geht, daß unter der Leitung der Bundesministerien für soziale Verwaltung sowie für Handel und Gewerbe eine gemeinsame Arbeitsvermittlung, bestehend aus Vertretern der Gewerbeinhaber und der Arbeitnehmer, geschaffen werde, die im Mai 1921 ins Leben zu treten hat. Auch in der Frage der Inventarhaftung und der Lohnerhöhung wurde eine Einigung erzielt. Heute werden die Betriebe wieder eröffnet.

Ungarns Finanzprogramm.

Budapest, 21. Dezember. In der Nationalversammlung entwickelte Finanzminister Roland Hegedues sein Finanzprogramm. Er habe das Finanzportefeuille nur unter der Bedingung angenommen, daß er als Finanzdiktator alle Ausgaben einschränken dürfe. Er beabsichtige eine schwere Besteuerung der größten Vermögen, sei jedoch kein Anhänger einer allgemeinen Vermögensabgabe. Er schlage eine Vermögensablösung von höchstens 25 Prozent des Gesamtvermögens vor, wobei die Staatspapiere unangetastet blieben, da diese durch die Zinsenverminderung bereits in Anspruch genommen würden. Die Aktiengesellschaften würden verpflichtet sein, ihr Aktienkapital um 15 Prozent zu erhöhen und die Aktien unentgeltlich dem Staate zu überlassen. Familienunternehmungen, deren Aktien nicht im Verkehr seien, sollen den Wert ihres Unternehmens angeben und der Staat solle berechtigt sein, dieses zu dem angegebenen Preise abzulösen. Die Häuser würden ebenfalls besteuert werden, desgleichen der Grundbesitz bis zu höchstens 25 Proz. Ferner beabsichtige er die Einführung einer Verkehrssteuer und einer Mahlsteuer mit Herstellung der Freiheit des Getreideverkehrs.

Eine Botschaft Konstantins.

Athen, 21. Dezember. König Konstantin hat an das griechische Volk eine Botschaft gerichtet, in der u. a. erklärt wird: Er werde im Innern Ruhe und Eintracht, nach außen die Vollendung des nationalen Wiederaufbaus erstreben und alle Anstrengung machen zur Festigung bester Beziehungen mit den Alliierten und dem verbündeten Serbien. Die Verlobung seines Sohnes Georg, des Thronfolgers, mit Elisabeth, der Tochter des rumänischen Königs, und seiner Tochter Helena mit dem rumänischen Kronprinzen Karol knüpfe herzliche Bande mit Rumänien. Die Verfassung und das parlamentarische Regime werde er achten.

Groß-Berlin

Bezirksversammlung Berlin-Mitte.

Am Montag tagte im Bürgersaal des Rathauses die Bezirksversammlung des Kreises Berlin-Mitte, um zwei Ausschüsse zu wählen zur Vorbereitung der Wahl des Bezirksamts und für die Ernennung der Ehrenbeamten des Bezirks. Der gleiche Kampf, der sich bereits bei der Bildung des Vorstandes der Bezirksversammlung abgespielt hat, wiederholte sich hier und wird sich wohl auch zukünftig wiederholen, da die rechte Seite aus 30, die linke Seite aus 31 Mitgliedern besteht, so daß sich jeweils „Schnupfenmehrheiten" ergeben werden. Die Abstimmungen ergaben mehrere Male Stimmengleichheit, so daß um die Stimme des Vorsitzenden gekämpft werden mußte. Die Ansichten der Juristen widersprachen sich, Städteordnung und Geschäftsordnung wurden zu Rate gezogen, ohne daß die Einsprüche aufgehoben werden konnten. Die drei Linksparteien stimmten geschlossen, um in den Ausschüssen die sozialistische Mehrheit sicherzustellen, während die bürgerlichen Vertreter die paritätische Besetzung gefordert haben. Der Vorsitzende Paul Brendel (U.S.P.) hatte keinen leichten Stand und verstand es wohl, ungeachtet der großen Erregung, seine Objektivität zur Anerkennung zu bringen. Der Ausschuß wird über die Verteilung der Stadträte auf die Fraktionen zu beraten haben. Da im Ausschuß die Linksparteien die Mehrheit haben, werden deren Vorschläge angenommen werden, sicher gegen den Protest der bürgerlichen Fraktionen. Dasselbe wird in der Plenarsitzung erfolgen, sofern es gelingt, alle Mitglieder zur Abstimmung heranzubringen. Die Vertreter der Linksparteien werden also ihre Gesundheit aufs beste zu hüten haben und sich gegebenenfalls mit dem Krankenwagen transportieren lassen müssen, denn in Berlin-Mitte hängen die Entscheidungen von einer Stimme ab.

Ein Amokläufer mit dem Revolver.

Der 41 Jahre alte Italiener Emanuel Ricci aus der Invalidenstraße 21 geriet in der letzten Nacht gegen 1 Uhr in der Nähe seiner Wohnung mit dem Fräser Michael Moritz aus der Gerichtstr. 25 in einen Wortwechsel. Plötzlich griff der angetrunkene Italiener zum Revolver und feuerte auf Moritz. Die Kugel verletzte diesen an der Hand. Moritz ergriff darauf die Flucht und lief in die Vorhalle des Stettiner Fernbahnhofs hinein. Der Italiener setzte ihm, aus seinem Revolver feuernd, nach. Als er auch die Vorhalle des Bahnhofs erreicht hatte, schoß er ziellos auf die dort anwesenden Zivilpersonen und Bahnangestellten. Durch die Schüsse wurden mehrere Leute zum Teil erheblich verwundet. Der Ladeschaffner Emil Prinz aus der Gottlandstr. 8 erhielt einen Schuß in den Unterarm, der Schneidermeister Franz Moswein aus der Ackerstraße 158 wurde an der Schulter verletzt und der Kaufmann Josef Müller aus Gräfenbroich, der sich hier vorübergehend aufhielt, wurde von einer Kugel am Knie getroffen. Die Getroffenen wurden nach dem Lazaruskrankenhause gebracht. Der Revolverschütze wurde schließlich überwältigt und festgenommen.

Gestohlenes Büchsenfleisch.

Beamte der Reichswasserschutzgruppe Berlin beschlagnahmten im Plötzensee-Kanal an Bord eines Fleischkahnes 224 Kilogramm Büchsenfleisch im Werte von 8000 M., die für die Reichsfleischstelle bestimmt waren. Die Ladung war während des Transports bestohlen und das fehlende Gewicht durch Ziegelsteine ersetzt worden.

Millionenbeute der Einbrecher. Das Treiben der Einbrecher war am Sonntag und in der gestrigen Nacht noch viel umfangreicher als gestern mitgeteilt. An einzelnen Stellen haben die Einbrecher ganz bedeutende Werte erbeutet. So stahlen sie bei Elkan in der Spandauer Str. 12 für 200 000 M. Damenkleider und Stoffe, bei Hirschfeld in der Oberwallstr. 3 für 100 000 M. Seide und andere Stoffe, bei Rosenthal in der Ritterstr. 58 für 40 000 M. Lederwaren, bei Mandel in der Frankfurter Allee 191 für 24 000 M. Wollwaren, bei Kunde in der Kanonierstr. 37 für 20 000 M. Kleider, bei Libt in der Oranienstraße für 30 000 M. Hemden, bei van Ersen in der Metzstraße 33 für 75 000 M. Pelzwaren. Ebenso hoch ist der Schaden, den Wohnungseinbrecher angerichtet haben. Diese erbeuteten in der Nackodstraße für nicht weniger als 700 000 M. Schmuck- und andere Wertsachen, in der Michaelkirchstraße für 80 000 M., in der Kurfürstenstraße für 75 000 M., am Luisenufer für 20 000 Mk., in der Schinkelstraße für 60 000 M., in der Berliner Straße zu Schöneberg für 45 000 M. und an vielen anderen Stellen für 10 000 M. und mehr an Teppichen, Schmucksachen, Kleidungs-

Sichtvermerke nach Ostpreußen und Danzig. Von zuständiger Stelle wird geschrieben: In der Presse finden sich noch immer unrichtige und ungenaue Angaben über die Paßförmlichkeiten zur Reise nach Ostpreußen, Danzig usw. So wird beispielsweise in einem Berliner Blatt behauptet, zu jeder Reise nach Ost- oder Westpreußen sei, sobald der polnische Korridor überschritten werde, neben dem polnischen auch der deutsche Sichtvermerk erforderlich. Dies ist falsch. Bei Benutzung der durchgehenden Schnellzüge D 1 (ab Charlottenburg 8.38 vormittags) und D 3 (ab Charlottenburg 8.25 abends) über Schneidemühl—Dirschau—Marienburg ist für die Durchreise durch den polnischen Korridor nach Ostpreußen weder ein deutscher noch ein polnischer Sichtvermerk nötig. Es genügt Personalausweis mit Lichtbild ohne Sichtvermerk. Für alle übrigen Züge und Strecken besteht dagegen allerdings der frühere Sichtvermerkzwang unverändert fort. Deutscher und polnischer Sichtvermerk ist also erforderlich vor allem zu jeder Reise mit der Bahn nach Danzig, ferner zur Reise nach Ostpreußen über die Strecke Stettiner Bahnhof—Stettin—Stolp—Dirschau und bei Benutzung von gewöhnlichen Personenzügen auch auf der D-Zug-Strecke Schneidemühl—Dirschau—Marienburg.

Die Gebühren der Hebammen.

Für sämtliche Kreise des Regierungsbezirks Potsdam stehen der Hebamme für ihre berufsmäßigen Leistungen folgende Gebühren zu: Die niedrigsten Sätze gelangen zur Anwendung, wenn nachweisbar Unbemittelte, Armenverbände oder sonstige soziale Einrichtungen verpflichtet sind, soweit nicht besondere Schwierigkeiten oder das Maß des Zeitaufwandes einen höheren Satz rechtfertigen. Im übrigen sind die höheren Gebühren nach Schwierigkeit und Zeitdauer der Leistung und nach der Vermögenslage des Zahlungspflichtigen zu bemessen, z. B. für den Beistand bei einer regelrechten und auch einer frühzeitigen Geburt für die Dauer bis zu 12 Stunden 35 M. bis 90 M., für jede weitere Stunde 2,50 M. bis 6 M. Für den Beistand bei einer Zwillings- oder regelwidrigen Geburt, oder für mühsame Wiederbelebung des Kindes erhöht sich die Gebühr auf 42 M. bis 100 M. Für den Beistand bei einer Fehlgeburt für die Dauer bis zu 6 Stunden 17,50 M. bis 50 M., für jede folgende Stunde 1,00 M. bis 6 M. Für jeden vorgeschriebenen Wochenbesuch mit dabei erfolgenden Untersuchungen oder Verrichtungen für jede angefangene Stunde bei Tage 3,50 M. bis 7 M., nachts das Doppelte. Bei jedem sonstigen Besuch für jede angefangene Stunde 4 M. bis 15 M., nachts das Doppelte. Für eine Tageswache außerhalb der Zeit der Geburt 10 M. bis 26 M., für eine Nachtwache bis 35 M. Für eine solche Tages- und Nachtwache 25 M. bis 50 M. Für eine Raterteilung in der Wohnung der Hebamme bei Tage 2 M. bis 5 M., nachts das Doppelte. Für eine Untersuchung in der Wohnung der Hebamme einschließlich der Raterteilung 8 M. bis 12 M. Als Nachtzeit im Sinne der Vorschriften gilt in den Monaten April bis September die Zeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. In den anderen Monaten die Zeit von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens. Bei Verrichtungen in Häusern, die mehr als 2 Kilometer von der Wohnung der Hebamme entfernt liegen, sind der Hebamme die Fahrkosten für die dritte Wagenklasse bei Benutzung der Eisenbahn oder der Fahrpreis der Straßenbahn bei deren Benutzung zu erstatten. Außerdem die baren Auslagen für die bei ihrer Hilfeleistung verwandten Desinfektionsmittel und Verbandstoffe.

Den Tod eines braven Genossen hat die Parteiorganisation Bernau zu beklagen. Dort verstarb im Alter von 72 Jahren der Genosse Karl Kleber. Von Beruf Seidenwirker ist Kleber ein Menschenalter hindurch meist an führender Stelle in der Parteibewegung tätig gewesen. Er bekleidete nacheinander verschiedene Ehrenämter in der Partei; zuletzt gehörte der Verstorbene dem Stadtparlament an. Der Ortsverein verliert in Kleber einen treuen Mitkämpfer, der das Beste für die Partei herauszuholen bestrebt war. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden.

Dampferverkehr Swinemünde-Danzig. Die Nachricht über die Vereisung der Ostseehäfen und ihre nachteilige Wirkung auf den Ostsee-Schiffsverkehr hat vielfach die Befürchtung aufkommen lassen, daß die für den Personenverkehr nach dem Osten so wichtige Dampferlinie Swinemünde-Danzig ebenfalls durch die Vereisung beeinträchtigt werde. Wie der Norddeutsche Lloyd mitteilt, ist dies aber nicht der Fall. Die Fahrt von Swinemünde nach Danzig und nach Libau wird durch die Eisverhältnisse nicht beeinflußt.

Die Abteilung Krankenernährung des Magistrats Charlottenburg gibt vom 1. Januar 1921 ab Vortrittsscheine zur schnelleren Abfertigung in Bureaus und Geschäften nur noch an werdende Mütter aus. Bei dem jetzigen Stande der Lebensmittelversorgung ist die Gewährung solcher Vortrittsbescheinigungen an kranke Personen nicht mehr erforderlich.

Vom Pfarrer am Zellengefängnis Moabit Dr. Klatt erhalten wir folgende Zuschrift: „Durch Säulenanschlag ergehen Einladungen zu einem „Faschings-Tada-Ball", in denen sich folgender Vermerk befindet: „Der Höllenüberschuß fällt in die Kasse des Pfarrers Klatt für unschuldige Verbrecherkinder." Ich erkläre hierzu, daß ich dieser dadaistischen Veranstaltung selbstverständlich nicht nur völlig fern stehe, sondern daß ich auch gegen ihre Verbindung mit meinem Namen und meinem ernsten Hilfswerk sofort ausdrücklich Verwahrung eingelegt habe."

Vierter Lichtbildervortrag für Jugendliche in Neukölln. Am Donnerstag veranstaltet das städtische Jugendamt, Abteilung Jugendpflege, in der Aula der Realschule Boddinstraße einen weiteren Lichtbildervortrag. Herr Kreisschulrat Rydahl spricht über „Schiller und seine Zeit". Dazu Rezitation Schillerscher Dichtungen. Anfang 7½ Uhr. Eintritt 50 Pf. Karten im Rathaus, Zimmer 226, und an der Abendkasse. Zutritt haben Schüler, Schülerinnen, die ältere Jugend und deren Eltern.

Einen Brief mit Beitragsmarken hat am 20. Dez. ein Einkassierer vom Deutschen Transportarbeiterverband auf der Tour Leonhard-, Suarez- und Wiglebrustraße verloren. Er enthielt 500 Stück à 3 M., 88 M. à 2,50 M., 150 Stück à 2 M., 168 Stück à 70 Pf. Der ehrliche Finder wird gebeten, gegen Belohnung die Marken im Gewerkschaftshaus, Zimmer 48, abzugeben.

Die Neuköllner Schulzahnklinik hat auch im verflossenen Halbjahr April/September 1920 eine rege und segensreiche Tätigkeit entfaltet. Dies erhellt vor allem aus der innerhalb dieser Zeit vorgenommenen großen Zahl von Behandlungen — insgesamt waren es 12 964 —, die sich auf Schulkinder aller Lehranstalten erstreckten. Erforderlich waren zur Wiederherstellung gesunder Mundverhältnisse insgesamt 2105 Untersuchungen, 3603 Extraktionen und vornehmlich Zahnfüllungen, aus den verschiedensten Massen, wobei in der Hauptsache Kupferamalgam (3670) zur Verwendung kam. Die Klinik wurde von insgesamt 8208 Patienten (3180 Knaben, 5028 Mädchen) in Anspruch genommen, unter denen sich 3180 Gemeinde- und 427 Mittelschulkinder befanden, der Rest gehörte den höheren Schulen an. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 3842.

Neu-Zittau. Gegen den Gemeindevorsteher Marx hat die sozialdemokratische Fraktion der Gemeindevertretung schon vor einer Reihe von Monaten schwere Vorwürfe erhoben, die sich auf seine Amtsführung beziehen. Im April d. J. ist eine von acht Mitgliedern unterzeichnete Anzeige an den Landrat abgegangen mit der Forderung, daß gegen den Gemeindevorsteher eingeschritten werde. Gerügt wurde unter anderem, daß Straßenbäume und Land der Gemeinde unberechtigt an bestimmte Personen überlassen worden seien, daß im Gemeindebezirk trotz Wohnungsnot Villen von Berliner Spekulanten leer ständen, während arme Leute in verfallenen Schuppen hausen müßten, daß Marx in Gemeindevertretersitzungen gegen Bedrohung sozialdemokratischer Gemeindevertreter durch deutschnationale Zuhörer nichts getan habe, daß er trotz Landgemeindeordnung den Antrag eines Drittels der Gemeindevertretung auf Sitzungseinberufung ignoriert habe, daß einem deutschnationalen Handlungsgehilfen, der bei seinem Vater, einem Rentier, wohnt, Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden sei. Da die Anzeige erfolglos blieb, so wurde im Juni eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten gerichtet und weiter im August durch Eingabe an den Minister des Innern um Unterstützung der Angelegenheit gebeten. Nunmehr ist endlich vom Landrat, sieben Monate nach jener ersten Anzeige, folgende Antwort eingegangen: „Auf die an mich, an den Herrn Regierungspräsidenten und an den Herrn Minister gerichteten Beschwerden über den Gemeindevorsteher Marx daselbst teile ich Ihnen im Auftrage des Herrn Ministers mit, daß zum Einschreiten im Oberaufsichtswege kein Anlaß vorliegt". Die sozialdemokratische Fraktion der Gemeindevertretung ist durch diesen ablehnenden Bescheid keineswegs zufriedengestellt. Nach wie vor hält sie fest an der Ansicht, daß gegen den Gemeindevorsteher eingeschritten werden müsse.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 21. Dezember:

27. Abt. Der Zahlabend fällt in diesem Monat aus.

Der 18. Januar. Uns wird geschrieben: Am 18. Januar wird das Deutsche Reich ein halbes Jahrhundert alt. Es bestehen bereits an vielen Orten — z. B. in Frankfurt a. M. — Abmachungen unter den Schulleitern, besonders den Direktoren der höheren Schulen, an diesem Tage Schulfestakte abzuhalten. Nach früheren Erfahrungen ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß diese Feiern zu Verherrlichungen des Kaiserreiches benutzt werden, daß sie zu monarchistisch-nationalistisch-militaristischen Demonstrationen entarten. Nun kann sicherlich den so eingestellten Teilen der Bevölkerung das Recht nicht bestritten werden, den Tag nach ihrem Geschmack in privaten Feiern zu begehen. Aber die Schulen sind Ausbildungsstätten der gesamten Jugend und unterstehen staatlicher Aufsicht. Sie müssen daher von jeder Färbung volkszerspaltender Agitation freibleiben.

Der Minister sollte deshalb in einem Erlaß für die Schulfeiern des 18. Januar genau vorschreiben, daß alle Würdigung des Tages sich objektiv mit der Einigung des deutschen Volkes zu beschäftigen hat. Wenn man die deutsche Geschichte überblickt, so spielen darin die Dynastien wahrhaftig keine deutsche Rolle, sie trieben ihre Hauspolitik. Das deutsche Volk sollte nach 1806, 1813, 1848, 1866, 1871 und 1918 sich nun endlich auf sich, auf seinen Volkswert besinnen und sich nicht um entwichene Bankerotteure die Schädel spalten. Dem Deutschen Reich, dem deutschen Volksstaat, nicht etwa Personen und Einrichtungen, muß die Huldigung des 18. Januar 1921 gelten.

Frau Baum fährt Straßenbahn. Hans Reimann erzählt in seinem „Drachen": Frau Baum kam einmal nach Leipzig. Durch Papierschnürsenkelfabrikation wohlhabend geworden, hatte sie leicht den frechen Ton der jetzigen Hautevolee angenommen und machte ausgiebig Gebrauch davon. Sie setzte sich in eine 17 und näselte den Schaffner an: „Fahren Sie mich Merseburger Straße 141!" — Der ganze Wagen quickte vor Vergnügen, alleinig der Schaffner salutiert ernsthaft und sagt: „Ins wievielte Stockwerk, Madam?"

Ein Einstein-Buch, das armeinverständliche Einblicke in die Gedankenwelt des Schöpfers der Relativitätstheorie geben will, ist aus Gesprächen entstanden, die Einstein im Laufe langjährigen Verkehrs mit Alexander Moszkowski geführt hat. Es behandelt Probleme höchster Ordnung, die interessantesten Fragen der Wissenschaft, des Lebens und der Kultur. Moszkowski hat den Gesprächen eine freie literarische Form gegeben, um ein großes Publikum zu finden. Der Verlag Hoffmann u. Campe hat das Buch herausgebracht. Es kostet 15 M., gebunden 20 M.

Die Humboldt-Hochschule ermöglicht nach ihrem Vorlesungsverzeichnis Januar-März für jedermann ein Studium von Wissenschaft, Kunst und Technik, der wichtigsten Sprachen, auch des Esperanto, und der kaufmännischen Praxis sowie Uebungen in verschiedenen Sportarten. Beginn der Vorlesungen 10. Januar.

Der Rotter-Theaterkonzern wächst. Die Brüder Rotter, die darauf aus sind, alle irgendwie zu ergatternden Berliner Theater an sich zu bringen, haben den Pachtvertrag des Kleinen Theaters vom 1. Januar an auf 10 Jahre übernommen. Direktor Altmann bleibt an der Spitze, über den Rotterschen Betrieb wird berichten. Es werden auch schon weitere Stationen seines Siegeszuges genannt.

Gewerkschaftsbewegung

Forderungen für die Arbeitslosen.

Die Gewerkschaftskommission und das Afa-Ortskartell hielten am Montag in der Neuen Welt eine Versammlung der Betriebsräte ab mit der Tagesordnung: Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosenfrage. Der Referent Dr. Herz (USP) behandelte das Thema in einem anderthalbstündigen Vortrage, an dessen Schluß er die in einer Resolution der Versammlungsleitung aufgestellten Forderungen für die Arbeitslosen vertrat. Dann hielt der Kommunist Heckert, der auf Antrag seiner Freunde mit 150 gegen 141 Stimmen als Korreferent aufgestellt war, eine fünfviertelstündige Propagandarede nach dem Leitmotiv: Was hier zur Linderung der Not der Arbeitslosen vorgeschlagen wird, ist wertlos, das Proletariat muß die wirtschaftliche und politische Macht erringen, und das kann gelingen, wenn sich die 10 Millionen Arbeiter einig sind. Das klingt aus dem Munde eines Kommunisten wie Hohn, denn sie sind es gerade, die jeden Ansatz zur Einheitsfront der Arbeiter zerstören.

Nach den langen Reden und bei der im Saale herrschenden eisigen Temperatur hatte die Versammlung keine Lust zu diskutieren. Ein Redner rügte, daß die Betriebsräte zusammenberufen werden, um allgemeine Reden anzuhören, anstatt sich über die Verhältnisse in den Betrieben auszusprechen. Die Diskussion wurde vertagt, sie soll in einer Vormittagsversammlung stattfinden. Der Teil der Resolution, der sich auf die Arbeitslosenforderungen bezieht, wurde einstimmig angenommen. Die Forderungen sind:

Einmalige Zahlung an die Arbeitslosen von 150 M. bei sechswöchiger, 300 M. bei vierteljähriger, 400 M. bei halbjähriger, 500 M. bei dreivierteljähriger Arbeitslosigkeit. Bei den Invaliden soll die Rente und die Erwerbslosenunterstützung zusammen die Sätze der erhöhten Arbeitslosenunterstützung erreichen. Die von den Arbeitslosen zu versorgenden erwachsenen Angehörigen und Frauen sollen die Hälfte, Kinder unter 18 Jahren ein Viertel der vorgenannten einmaligen Unterstützung erhalten. Die gegenwärtige Erwerbslosenunterstützung ist um 50 Prozent zu erhöhen. Den Kindern der Arbeitslosen soll in der Schule Frühstück und Mittagessen, den Kindern bis zum sechsten Lebensjahre Milch kostenlos verabfolgt werden. Die Arbeitslosen und deren Familienangehörigen sollen mit billiger warmer Winterkleidung — in besonderen Fällen unentgeltlich — versorgt werden. Die Arbeitslosen, die einen eigenen Hausstand haben, sollen mit billigem Heizmaterial beliefert und ungenügend ausgenutzte größere Wohnungen für die Wohnungslosen bereitgestellt werden. Die organisierte Arbeiterschaft wird aufgerufen, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Ueberwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus. Die Gewerkschaftskommission und das Afa-Ortskartell werden aufgefordert, diese Forderungen den zuständigen Stellen des Reiches und der Stadt Berlin zu unterbreiten und auf deren Erfüllung zu drängen.

Sabath teilte mit, daß sich die Gewerkschaftskommission infolge des Beschlusses der vorigen Versammlung wegen Zahlung eines Zuschlages für die infolge der Stromrationierung verordnete Nachtarbeit an die Kohlenstelle in den Marken gewandt hat, die sich aber als unzuständig in Lohnfragen erklärt. Die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände, an die sich die Gewerkschaftskommission ebenfalls gewandt hat, antwortete, die Arbeitgeberorganisationen ständen einmütig auf dem Standpunkt, daß sie einen Aufschlag für die Nachtarbeit nicht gewähren können, da die Umstellung der Betriebe auf Nachtarbeit nicht im Interesse der Arbeitgeber, sondern mit Rücksicht auf den Kohlenmangel im Interesse der Allgemeinheit erfolgt sei. Deshalb könnten die dadurch entstehenden Kosten nicht den Arbeitgebern allein auferlegt werden, sondern Arbeiter und Arbeitgeber müßten die notwendigen Opfer bringen. Unter diesen Umständen sei eine Verhandlung über den geforderten Zuschlag aussichtslos. Die Gewerkschaftskommission hat sich schließlich an das Reichsarbeitsministerium gewandt, welches versuchen wird, die Arbeitgeberorganisation zu Verhandlungen zu bewegen. Welchen Erfolg dieser Versuch haben wird, ist noch nicht abzusehen.

Die Versammlung nahm die ablehnende Haltung der Arbeitgeber mit Entrüstung auf und empfahl den Arbeitern, vor Regelung der Zuschlagfrage sich auf weitere Umstellungen auf Nachtarbeit nicht einzulassen. Fritz Schmidt vom Afa-Bund erklärte, wenn die Frage nicht in den nächsten Tagen befriedigend gelöst werde, solle in den Betrieben darüber abgestimmt werden, ob die Arbeiter und Angestellten noch ferner Nachtarbeit leisten wollen.

Lohnforderungen der Hochbahnangestellten.

Kein Verkehrsunternehmen in Berlin, auch nicht im Reiche, floriert so gut wie die Hoch- und Untergrundbahn. Schmunzelnd sehen Direktoren und Aktionäre zu, wie täglich die Einnahmen ins Riesenhafte steigen und freuen sich im Stillen auf die Dividenden. Wie aber sieht es in den Kreisen der angestellten Handwerker und Arbeiter aus? Ihr Einkommen reicht bei weitem nicht an das Existenzminimum heran. Immer mehr müssen sie zusehen, wie sie bei ihrer Hände Arbeit tiefer und tiefer zum Lumpenproletarier herabsinken. Der weitaus größte Teil muß, um sich über Wasser zu halten, noch Nebenbeschäftigung annehmen und somit zum Lohndrücker der eigenen Klassengenossen, wie es z. B. der Portierstreik bewiesen hat, werden.

Mit diesen Zuständen befaßte sich eine vom Betriebsrat einberufene Vollversammlung. Einmütig brachten die Versammelten zum Ausdruck, daß sie sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wehren werden, um nicht die Verhältnisse der Kriegszeit einreißen zu lassen. Sie beauftragten den Betriebsrat, den Deutschen Transportarbeiterverband und den Deutschen Metallarbeiterverband, neue Lohnforderungen zu stellen und ab 1. Januar 1921 vor kein Mittel zurückzuschrecken, um aus der Not und dem Elend herauszukommen.

Ferner nahmen die Versammelten Kenntnis von den Absichten des Arbeitgeberverbandes der deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen, dem auch das Hochbahnunternehmen angeschlossen ist, die Arbeitszeit zu verlängern und die Verkehrsbetriebe von der gesetzlichen Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit auszuschließen. Die Hochbahner erklären sich einmütig mit den übrigen Verkehrsarbeitern Deutschlands solidarisch und werden sich unter keinen Umständen eine derartige Ausnahmebehandlung gefallen lassen. Um ihren Willen durchzusetzen, fordern sie alle Kollegen und Kolleginnen auf, sich geschlossen einer freien Gewerkschaft anzuschließen.

Differenzen im Gastwirtsgewerbe!

Seit 1. Oktober befinden sich die Berliner Angestellten des Gastwirtsgewerbes in Lohndifferenzen. Nach dreimonatigen Verhandlungen sind mit den Arbeitgeberorganisationen Tarifverträge zum Abschluß gekommen. Die Verhandlungen mit der Lokalkommission der Berliner Gastwirte sind am Sonnabend nacht abgebrochen worden. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie Montag, Dienstag und Mittwoch Versammlungen ihrer Auftraggeber einberufen haben. Mittwoch, den 22. Dezember 1920, abends 10 Uhr, wollen sie eine endgültige Erklärung abgeben, ob sie den Tarifvertrag unterzeichnen. Die Gehilfenschaft ist nicht gewillt, von ihren Forderungen abzugeben und sieht dem Kampf mit Ruhe entgegen. In Frage kommen zirka 2000 Betriebe. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffeeangestellten, Zweigverein Berlin hat für Mittwoch, den 22. Dezember, nachts 12 Uhr, in folgenden Lokalen: 1. Kaffee Stern, Oranienburger Tor, 2. Residenz-Festsäle, Landsberger Str. 31, 3. Berliner Vereins- und Konzertsäle, früher Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, Versammlungen einberufen. Ist die Erklärung der Arbeitgeber nicht befriedigend, so ist nicht ausgeschlossen, daß der sofortige Streik beschlossen wird.

D. W. F. Kugel- und Kugellagerfabrik (Wittenau). Diejenigen Kollegen, die am 12. Dezember noch bei der Firma beschäftigt und Lohnarbeiter waren, haben nach Vereinbarung zwischen Metallarbeiter- und Industriellen-Verband Anspruch auf die erste Rate der Pausenabgeltung. Die Auszahlung findet am Donnerstag, den 23. Dezember 1920, mittags 12½ Uhr, in der Kantine statt. Der Betriebsrat.

Weihnachtsunterstützungen und besondere Notlagenunterstützung für stellungslose Werkmeister bringt der Bezirk X, Geschäftsstelle Berlin des Deutschen Werkmeister-Verbandes, für seine Mitglieder noch in dieser Woche zur Auszahlung. Gezahlt werden: 400, 300, 250, 200, 150 und 100 M. und Notlagenunterstützung bis zu 200 M. Die Anmeldung und Auszahlung erfolgt durch die Kommission auf dem paritätischen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Abt. „Werkmeister", Oranienburger Str. 54/57, vormittags von 9—1 Uhr.

Wirtschaft

Hoesch-Köln-Neuessen.

Die außerordentliche Generalversammlung des Köln-Neuessener Bergwerksvereins hat den Interessengemeinschaftsvertrag mit dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch genehmigt. Der Köln-Neuessener Bergwerksverein in Essen-Altenessen wurde 1851 unter dem Namen Kölner Bergwerksverein gegründet und 1912 mit der Bergbaugesellschaft Neuessen fusioniert. Das Aktienkapital beträgt 45 Millionen. In den letzten 22 Jahren wurden 700 Prozent Dividende insgesamt ausgeschüttet. An dieses Kohlenzechenunternehmen gliedert sich jetzt nun das mächtige Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund, gegründet 1873. Es besitzt einige Kohlenschächte, vor allem aber Spateisensteingruben, Hochöfen, Stahlwerke, Maschinenfabriken; das Aktienkapital beträgt 40 Millionen, in den letzten 15 Jahren wurden 300 Proz. Dividende ausgeschüttet.

Englische Kohle für Deutschland.

England konkurriert mit Amerika um den Absatz von Kohle in Deutschland. Die seit dem englischen Streik einsetzende Produktionssteigerung drängt England immer mehr, seine alten Verbindungen mit Hamburg aufzunehmen. Auch die englische Schiffahrt drängt nach Fracht. Da die Weltmarktkohlenpreise stark gefallen sind, ist die Hamburger Börse noch schwach, da mit weiteren Preissenkungen gerechnet wird. In dem Maße, wie der französische Kohlenbergbau sich erholen wird, wird auch Frankreichs Bedarf sich verringern. Der Kohlenmarkt dürfte also in absehbarer Zeit ein erheblich verändertes Gesicht zeigen.

Wer zahlt den höchsten Preis?

Aus Prag meldet die „Frankfurter Zeitung": Die Zuckerverhandlungen in Frankreich wegen Verkaufs von 100 000 Tonnen Zucker wurden abgebrochen, weil Frankreich zu niedrige Gebote machte.

35 Proz. Dividende und Gratisaktien. Die Maschinenbauanstalt Kirchner u. Co. A.-G. in Leipzig-Sellerhausen erhöht die Dividende für 1919/20 auf 35 Proz. (i. V. 4 Proz.) für die Stammaktien. Außerdem soll aus den Handelsgewinnen auf je drei alte eine neue Gratisaktie gegeben werden.

Verfütterung von Hafer. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe dürfen nach einer neuen Verordnung ihren selbstgebauten Hafer der Ernte 1920 an das im Betriebe gehaltene Vieh verfüttern, soweit sie ihn nicht nach den Bestimmungen der Reichsgetreidestelle über die Mindestablieferungsschuldigkeit von Hafer abzuliefern haben.

Einfuhrerleichterungen. Von jetzt ab dürfen nach amtlicher Bekanntmachung Buchweizen, Hirse, Lupinen und Wicken ohne die vorgeschriebene Einfuhrbewilligung eingeführt werden.

Die Große Kasseler Straßenbahn A.-G. hat ihrem gesamten Fahrpersonal gekündigt. Der Betrieb wird wahrscheinlich bis zum neuen Jahre ruhen. Die Forderungen des Personals sind mit den Betriebseinnahmen nicht in Uebereinstimmung zu bringen. Das vorjährige Geschäftsjahr schloß bereits mit 424 270 Mk. Verlust ab.

Schuh-Börsen-Bericht der Berliner Montags-Schuhbörse, Neue Friedrichstr. 35 (Haverlands-Festsäle): Das Angebot entsprach der augenblicklichen Lage, die Nachfrage war groß nach besseren Filzartikeln und Straßenschuhwerk, die Preise halten sich auf der Höhe des vergangenen Monats, die Umsätze waren größer als an vergangenen Montagen, der Besuch war stark, die Schuhmodenschau beginnt am 17. Januar 1921.

Aus aller Welt.

Mord. Auf der Landstraße von Duderstadt nach Werxhausen in Hessen wurde am Sonnabend abend der Studienrat Hartung von unbekannten Tätern erstochen. Ob Racheakt oder Raubmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Sittlichkeitsverbrechen eines Arztes. Der Arzt Dr. Mendelsohn in Stolp wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen an Patientinnen vom Schwurgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Auf offener Straße ausgeraubt wurde der Inhaber einer Saarbrücker Geldwechselstube auf dem Nachhausewege in der Gärtnerstraße. Es stürzten drei Männer auf ihn ein, schlugen ihn zu Boden und entrissen ihm seinen Handkoffer, in dem sich folgende Summen befanden: 23 000 französische Franken, 26 Dollarnoten, 19 000 M. Zwanzigmarkscheine, 25 000 M. Fünfzigmarkscheine, einige Tausend Mark kleine Geldscheine, 131 belgische Franken sowie einige Hundert Luxemburger Franken. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Stoffe für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme. Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark. Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten. **Koch & Seeland** G. m. b. H. Gegr. 1890. Gertraudtenstr. 20-21. Gegr. 1890.

Elektro-Motore Leitungs-Dynamo-Drähte Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum, (Alex. 4782). Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.)

Keine Frau darf es vergessen, meine neue Preisliste kostenlos zu fordern. Walter Krickstadt, Bln.-Wilmersdorf 18/V

Wandervögel finden neue Ziele für ihre Fahrten in Lessens schönem „Wanderbuch". (9 M.) Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 2

Stottern, Stammeln, Lispeln, Nervosität und Angstgefühl vorm Sprech., Atemnot beseitigt gründlich Dr. Schraders Spezialinstitut, Berlin W, Lützowstr. 30. Spr. 4-7, auß. Sonnab. u. Sonnt.

Verkäufe

Riesen Weihnachtsverkauf begonnen. Staunenerregend herabgesetzte Spottpreise! Kreuzfüchse! 200.—! Alaskafüchse! 150.—! Silberfüchse! Blaufüchse! Zobelfüchse! Uhrenverkauf! Goldwarenlager! Silbertaschen! (Keine Verlagsware.) Sonntags geöffnet! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof-Hochbahnhof).

Pelzgarnituren! Alaskafüchse 110, Nerzfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse sowie alle anderen Pelzarten alles neue, keine Verlagsware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen. Leihhaus Warschauer Straße 7.

Nähmaschinen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauer Straße 20.

Puppenwagen, Riesenauswahl, billigst. Richardt, Boxhagenerstr. 126. 1966D*

Nickelwaren, Kaffeeservice, Fruchtschalen, Brotkörbe, Teeglashalter, Krümelgarnituren, Geschenkartikel, große Auswahl, äußerst billig. Landsbergerstraße 13, parterre. 160R*

Bettwäsche, Fabrikpreise, Garnitur 48.—, Laken 25.—, Inletts, Wäschestoffe. An Private direkt ab Fabrik. Bettwäschefabrik Puttkamerstraße 1, Ecke Wilhelmstraße. 1337D*

Jetzt! Extrabilliger Pelzvertrieb, Kreuzfüchse! Jackettanzüge! Herrenhosen, Sportulster, Gardinenverkauf, Bettenverkauf, Goldsachen. Tägliche Annahme von Pfändern, höchste Beleihung. Soringers Warenverkaufsetage, Hermannplatz 6. 121R*

Wegnerleihhaus, Potsdamer Straße 43. Brillanten, Ringe, Uhren, Ketten, Ohrringe, Nadeln, Kolliers, Armbänder, Silbertaschen, Silberbörsen, Golddosen, Silberdosen, Silberbestecke, vieles andere jetzt bedeutend unter Preis. 60R

Gardinen! Ab Dienstag, den 7. Dezember bis Heiligabend findet im Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe Herzig, Dresdenerstraße 124 I, Nähe Kottbuser Tor, ein großer Weihnachtsverkauf statt. Täglich von 9—7 Uhr gelangen alle Sorten Gardinenstoffe zum billigsten Verkauf. Hauptsächlich sind jetzt die allbeliebten breiten Gardinen auf Tischen ausgelegt. Gardinenreste in fast allen Längen sind noch zu spottbilligen Preisen vorhanden; einfach breite Gardinen offeriere ich von 8 Mark an, Künstlergardinen (dreiteilig) von 65 M. an, elegante Madrasgardinen von 165 Mark an, Halbstores von 35 Mark an, Bettdecken, zweibettig, von 68 Mark an. Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk, außerdem wird das Fahrgeld vergütet. (Für Wiederverkäufer Sonderabteilung.) 2 27*

Kreuzfüchse 250.—, Alaskafüchse, Zobelfüchse und alle anderen Pelzarten jetzt zur Hälfte herabgesetzt. Posten Pelzkragen, Muffen 55.—, Taschenuhren, Schmucksachen, passende Weihnachtsgeschenke, bekannt billigen Preisen. (Keine Lombardware.) Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe.

Herrenulster, Herrenpaletots, Herrenanzüge, Friedensstoffe, Hälfte herabgesetzt. (Keine Lombardware.) Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. 177R*

Gelegenheitskauf. Selbstgefertigte elegante Herrenanzüge 385 Mark, Jünglingsanzüge 240. Aug. Wilhelmstraße 40, Kochstraßenecke. 181R

Bettwäsche billig! Weihnachtswoche besonders herabgesetzt! Garnitur 90.—, Laken 38.—, Inlett 140.—, Ueberschlaglaken, Paradekissen. Große Auswahl. Wäschefabrik Gräfestraße Neunundbreißig (Hasenheide). Bis 7 geöffnet. 194R*

Pelerinenmantel mit Pelzkragen, 4 Meter weiter Pelerine, Mittelgröße, Friedensware, wie neu. Offerten S 16 Hauptexpedition „Vorwärts". 2047b

Kreuzfüchse, jetzt bedeutend billiger, nur 74 Mark, Silberfüchse, Alaskafüchse, Naturfüchse, Alaskafüchse, imitiert, jetzt 68 Mark. Opossumkragen imitiert, jetzt 75 Mark. Herrenkragen jetzt 65 Mark. Spezial-Pelzhaus Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 113/114, hochparterre. 138R*

Erstklassig und ebenbürtig der feinsten Maßarbeit gefertigte Jackettanzüge, Cutawayanzüge, Raglanulster, Herrenpaletots, Kammgarnhosen verkauft zu noch nicht dagewesenen niedrigen Preisen. Luit, Reichenbergerstr. 16, vorn I, direkt am Kottbuser Tor. *

Der Hauskalender des Volkes ist der **Vorwärts-Almanach 1921**. In Tiefdruck reich illustriert, enthält er eine Fülle von Unterhaltung und Belehrung sowie die Bilder der Reichstagsabgeordneten. Preis 4.80 M. Kein Teuerungszuschlag! BUCHHANDLUNG VORWÄRTS Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Kreuzfüchse 300.—, Alaskafüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Silberfüchse, sowie sämtliche Pelzwaren jetzt bis Preishälfte herabgesetzt. Sonderangebot Damen-Pelzmäntel, Damengarderobe, Herren-Gehpelze, Herren-Sportpelze, Wagenpelze. — Jackettanzüge, Cutaways, Paletots (keine Lombardwaren). Bekannt billige Preise im Leihhaus Moritzplatz 58a (größtes derartiges Spezialhaus Berlins.) *

Kindleder-Aktenmappen 95.—, Moderne Damentaschen, Brieftaschen, Scheintaschen. Wichtig für Wiederverkäufer. Auch Einzelverkauf billig. Mezel, Lederwarenfabrik, Prinzenstr. 50, an Ritterstraße. *

Geschäftsverkäufe

Geschäfte all. Branchen verkauft schnellstens Baltrath u. Co., Friedrichstraße 113a. Norden 9292. 9293. 111R

Möbel

Metallbetten 225, Chaiselongues 125, Kinderdrahtbett, weiße Schlafzimmer, Meicke, Auguststr. 81a, Quergebäude.

Zu verkaufen Liegestuhl, neu, Küchentisch, kleiner Eßtisch, Heißwringmaschine. Zu erfragen vormittags. Brandt, Eberstraße 75, I. 2051b

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Umbauten, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbel, Petersburgerstr. 41. Zahlungserleichterung. 166R*

Chaiselongues 200 bis 575, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 160, Walter, Stargarderstraße 18. *

Klubgarnituren von 1850.— an, einzelne Sessel 415.—, Ruhebetten. So an. Korbmöbel erstaunlich preiswert. Schriftliche Garantie. Zahlungserleichterung. Reiche u. Knüllner, Landsberger Allee 24, zehn Minuten vom Alexanderplatz.

Korbmöbel verkauft billig. Menzel u. Co., Blücherstraße 35, III. 1822D

Mahagoni-Vertiko 200, mit Muschelaufsatz 450, Ausziehtisch, Kommode 150, Nußbaum-Spiegelspind 150, Muschelvertiko 150, großer Spiegel 180, Arbeitstisch 120, Freischwingeruhr 125. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (am Weinbergsweg). 29/05

Möbel auf Kredit. Lombardheiber Gang & Neugebauer, Neue Friedrichstr. 5, Eingang Voltairestraße. 1349D

Musikinstrumente

Rabenstein, Pianos, Flügel, Harmonium, Gelegenheitskauf, Stimmungen, Reparaturen, Münzstraße 10. 120R*

„Adam's" größtes Spezialhaus für gebrauchte Pianos, Flügel, Harmoniums Bechstein, Blüthner und andere erste Firmen. Eigene Werkstatt, freie Lieferung. Adam, Münzstr. 16, Unter den Linden 17/18.

Billige Pianos und Uebungsinstrumente in niederster Preislage. Saitenspinner, Reparaturen und Stimmen. Klaviertechnische Werkstatt Mückernstraße 85. 1. R*

Harmonium, Konzertpiano 7500.—, Salonpiano 12 000.—, feinstes Friedensmaterial, 20jährige Garantie, Klavier, elegantes schwarzes, 350.—, Konzertharmonium mit eingebautem Spielapparat, auch ohne Notenkenntnisse sofort spielbar, 38..—, kleines 275.—, eingespielte Violinen, Gitarren, Lauten, Künstlerinstrumente, Schülergeigen außergewöhnlich billig. Notenlager. Berger & Co., Oranienstraße 166. *

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 105.

Pianos, Gelegenheiten, Stutzflügel billig. Dittmar, Große Frankfurterstraße 44. 47/14

Kaufgesuche

Pianos, gebrauchte, gegen Preisangabe kauft Becker, Andreasstraße 47 II, Königstadt 3848. 181R*

Platin, zum Tagespreis, Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber im Bruch, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 29 I, rechts.

Spiralbohrer, Kugellager, Markenware neu, kauft jeden Posten P. G. Schulze u. Co., Berlin N 39, Wildenowstraße 14. Tel. Moab. 643.

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstr. 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 142R

Fahrradankauf Linienstr. 19. *

Dynamo und Spulendrähte kauft Elektrobureau, Langestraße 27 I (Alexander 3030). *

Unterricht

Vornehme Tanzschule Friedrich-Donath, Michaelkirchstraße 39. Anfängerkurse, Modetanzkurse, Studentenzirkel, Schülerzirkel. 46/13

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. Abendlehrgänge, Tageslehrgänge. *

Kino-Vorführer-Ausbildung beginnt: Kandyba, Friedrichstraße 21. 2049b

Verschiedenes

Vertrauensvolle Untersuchung, erfahrene Hebamme Pellipp, Yorckstr. 75 (Anhalter Bahnhof.) Privataufnahme.

Angstgefühl verliert man als öffentlicher Redner, wenn man vorher Fritz Müllers „Kunst der freien Rede" liest. (2,40 M.) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Vertrauensvolle Auskunft in vorkommenden Fällen gibt jederzeit Damen Frau Uttech, ärztl. gepr., Kreuzbergstr. 10, Nähe Hallesches Tor. 2025D

Vertrauensvolle Untersuchungen. Arzt zur Stelle. Hebamme Hildesheim, Lothringerstraße 54/55. 116R*

Erwerbstätige Frauen erfahren, was die Frau im öffentlichen Leben bedeuten kann, durch die Broschüre „Frauenstimmen" (2,75 M.) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Diskrete Entbindung, Untersuchung. Hebamme Ulsel, Warschauer Straße 1. 1082

Vertrauensvolle Auskunft, langjährige Erfahrung, erfolgreiche, gewissenhafte Behandlung. Damen. Frau Feldau, ärztl. ausgebildet, Fruchtstraße 3, vorn III. (Nähe Schlesischer Bahnhof). 102R

Welcher Beamte hätte kein Interesse am Besoldungsgesetz? Die Steinkopfsche Schrift „Was muß der Beamte vom Beamtenbesoldungsgesetz wissen?" klärt über alles auf. (2,40 M.) Buchhandl. Vorwärts, Lindenstraße 2

Wer eine Existenz sucht, wendet sich an Horak, Bülowstraße 29. Kostenlose Beratung und Nachweis von gutgehenden Geschäften, Unternehmungen, Beteiligungen, Grundstücken. 2020D

Ehesachen! Strafsachen! Erfolgreiches Spezialbureau! Neukölln, Berliner Straße 103 (Hermannplatz) 1852

Steuerfragen sind Ihnen noch ein Rätsel? Wißells „Führer durch das Reichseinkommensteuergesetz" (1 M.) löst sie alle. Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 2.

Vertrauensvolle Auskunft (diskret), Privataufnahme, Hebamme Leistikow, Bernauerstr. 78.

Leinenkragen verkleinert Born, Reichenbergerstraße 7. 1319B

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Beschäftigung für Vor- oder Nachmittag im Kontor oder Außendienst gesucht. Angebote H. 16, Hauptexpedition „Vorwärts". 208